

K8V4

"NÜRNBERGER ZEITUNG"

Nr. 201. vom. 21.8.77

Croissant-Sozius ist erneut in Haft

Im Verdacht des Karlsruhe-Attentats

Ist Newerla ein Mittäter?

KARLSRUHE/STUTTGART. — Der Stuttgarter Baader-Meinhof-Anwalt Armin Newerla (31), ein Sozius des nach Frankreich geflüchteten Rechtsanwalts Klaus Croissant, ist gestern in Stuttgart erneut festgenommen worden. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe beantragte beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs einen Haftbefehl wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung sowie der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten“.

Die Festnahme Newerlas erfolgte nach Angaben der Behörden im Rahmen einer Durchsuchungsaktion im Stuttgarter Rechtsanwaltsbüro Croissant. Newerla war bereits vor neun Tagen festgenommen worden. Damals hatte der Ermittlungsrichter aber einem Haftantrag nicht stattgegeben.

Nach unbestätigten dpa-Informationen könnte die erneute Festnahme Newerlas im Zusammenhang mit einer möglichen Verbindung des Anwalts zu dem jüngsten, fehlgeschlagenen Anschlag auf die Karlsruher Bundesanwaltschaft stehen. Möglicherweise soll Newerla mit der Anmietung des bei dem Anschlag verwendeten Fahrzeugs der Täter zu tun haben. Die Bundesanwaltschaft wollte diese Hinweise auf Anfrage weder bestätigen noch dementieren.

Ebenfalls gestern stellten die Ermittlungsbehörden Unterlagen sicher, die von Mitarbeiterinnen des Stuttgarter Anwaltsbüros Croissant über die französische Grenze gebracht werden sollten.

Ein Sprecher des Anwaltsbüros meinte, mit Newerla solle einer der wenigen Anwälte „aus dem Verkehr gezogen werden, die den Kampf der Gefangenen aus der

Roten Armee Fraktion für die Verbesserung ihrer Haftbedingungen unterstützen“.



Armin Newerla, Rechtsanwalt

J
w
F

In Baaders Zelle wurde eine Minikamera mit Kassette gefunden

Eine schwarze Minox-Kamera und eine Filmkassette mit 36 Aufnahmen wurden gestern vor einer Woche in der Zelle von Andreas Baader in Stuttgart-Stammheim gefunden. Sie waren in einem Behälter für Kaffeefilter versteckt. Vor einem Schweizer

Gericht sagten zwei Terroristen aus, daß der damalige Botschafter der Bundesrepublik in der Schweiz entführt werden sollte. Kardinal Höffner verurteilte im Zusammenhang mit dem Kölner Verbrechen „Formen der zynischen Unmenschlichkeit.“

Ein deutscher Botschafter sollte entführt werden

DW. Winterthur/Bonn

Die 1975 festgenommene Züricher Terroristengruppe hatte die Entführung des damaligen Botschafters der Bundesrepublik in der Schweiz, Jürgen Diesel, sowie eines Attachés der spanischen Botschaft geplant. Das ergab sich aus Aussagen von zwei Mitgliedern dieser Gruppe, die sich vor dem Schwurgericht des Kantons Zürich in Winterthur zu verantworten haben. Bei den Angeklagten handelt es sich um den 24 Jahre alten Peter Egloff und den 23jährigen Daniel von Arb.

Das Verfahren gegen die vorübergehend nach Italien ausgelieferte 36 Jahre alte Petra Krause war wegen ihres Gesundheitszustandes abgetrennt worden und wird vermutlich Anfang 1978 in Winterthur stattfinden.

Egloff antwortete nicht auf die Frage, ob der Entführungsplan deshalb aufgegeben worden sei, weil die Terroristen in der Bundesrepublik dazu geraten hätten, die deutsche Botschaft zu stürmen, statt den Missionschef zu verschleppen. Egloff verweigerte auch die Antwort auf Fragen nach einem Plan zur Ermordung des Schahs von Persien.

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertrat Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) gestern die Auffassung, daß weitere Terroranschläge zu befürchten seien. Stoltenberg sagte, nach menschlichem Ermessen sei das Kölner Verbrechen „nicht die letzte brutale Aktion des Terrorismus in unserem Land, vielleicht nicht einmal die grausamste und gefährlichste Form seiner Eskalation“ gewesen.

■ Fortsetzung Seite 5

Kassiber liegen zwischen zusammengeklebten Akten

MANFRED SCHELL, Bonn

Die in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Terroristen finden offensichtlich immer neue Wege, um die Haftlingsüberwachung zu durchbrechen und Gegenstände ein- und auszusmuggeln: Nach Informationen der WELT wurde am 13. September, eine Woche nach der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer in Köln, in der Zelle von Andreas Baader ein Fotoapparat entdeckt. Die neuwertige, schwarze Minox-Kamera und die dazugehörige Filmkassette mit 36 Aufnahmen waren in einem kartonierten Kaffeefilterbehälter versteckt. Der Verdacht geht dahin, daß ein Rechtsanwalt die Kamera in die Zelle geschmuggelt hat. Nach der Entführung Schleyers haben die Justizbehörden Besuche von Anwälten bei inhaftierten Terroristen generell untersagt.

Nach dem Inkrafttreten des Antiterroristengesetzes vom August letzten Jahres, in dem die Überwachung des Verteidigerschriftverkehrs eingeführt worden ist, hörte der bis dahin rege postalische Kontakt zwischen Anwälten und Inhaftierten schlagartig auf. Statt dessen brachten die Anwälte Schriftstücke in den Verteidigerakten mit und nahmen sie aus den Zellen heraus mit.

Für diesen Mißbrauch gibt es mehrere Anhaltspunkte:

● Als der Leiter des Gefängnisses vor einiger Zeit mit Baader eine Auseinandersetzung hatte, hat dieser darüber ein „Protokoll“ angefertigt und nach draußen geschmuggelt.

● Nach der versuchten Zwangsernährung von inhaftierten Terroristen in Hamburg hat ein dortiger Häftling deren Verlauf in einem Papier zusammengefaßt. Dieses Papier wurde unter Umgehung der Kontrollen nach Stammheim zu Andreas Baader eingeschleust.

Nach dem Besuch eines im Büro Croissant arbeitenden Rechtsanwalts fand man bei einer Zellendurchsuchung in Stammheim in Verteidigerakten versteckte Kassiber. Der Anwalt hatte zudem mehrere Platten aus Glimmer mit Heizfadenanschlüssen in Papiertaschen versteckt, die aus zusammengeklebten Zeitungsausschnitten bestanden.

Zuvor war bereits bei der Durchsuchung einer Wohnung, in der die inhaftierte Terroristin Ingrid Schubert gelebt hat, ein belichteter Negativfilm mit Aufnahmen gefunden worden. Die Bilder waren in Stammheim im VII. Stock, in dem Baader, Ensslin und Raspe untergebracht sind, gemacht worden. Außerdem wurden in der Wohnung bereits entwickelte Bilder der drei Terroristen sowie in drei bereits angefertigten Papiertaschen Fotokopien des Hauptverhandlungsprotokolls gefunden. Je zwei der Fotokopien waren — die bedruckten Seiten nach außen — an den Ecken zusammengeklebt. Damit wurde vorgetäuscht, daß es sich um ein Blatt der Prozeßakte handelt. Im Innern dieser Tasche waren Kassiber versteckt.

Seite 2: Schlichte Bürger schmücken den Ort des Attentats

Seite 3: Terroristen, Frankreich und die Deutschen

XXXX

Vollzug - besondere Vorfälle

VI

PR
VPR
SP

"WELT AM SONNTAG"

Nr. 36 vom 8.9.74

BM-Bande auch in der Haft aktiv

H. Z. Stuttgart/Köln, 7. Sept.

In den deutschen Gefängnissen rumort es. Beleidigungen und Angriffe auf Vollzugsbeamte häufen sich. Im Bonner „Knast“ machten in der Nacht zum letzten Montag 100 der 286 Gefangenen drei Stunden lang „Bambule“: 15 zertrümmerten ihre Zellen und feuerten Toilettenbecken und brennendes Bettzeug aus den Fenstern. Angebliche Ursache: ein mißratenes Sonntagsgulasch.

Die wahren Gründe liegen jedoch tiefer. Schon vor dem Mannheimer Gefängnissskandal zeichnete sich, so der Stuttgarter Justizminister Bender, eine Verschlechterung des Klimas und eine Zunahme der Aggressivität ab. Dr. Werner Ruprecht, Vorsitzender des „Bundes der Strafvollzugsbediensteten“ (11 000 Mitglieder) in Köln, zu WELT am SONNTAG: „Beamte werden getreten, geschlagen und bespuckt. Ihnen wird das Essen ins Gesicht geschleudert. In Zellen wird Feuer gelegt. Häftlinge schlagen Beamten Stuhlbeine auf den Schädel.“

In einer Duisburger Anstalt wurde eine Lehrerin, die Gefangene unterrichtete, mit einem Stilet bedroht. Ein Wärter, der sich schützend vor die Frau stellte, bekam einen Stich in den Bauch. In der Stuttgarter Anstalt Stammheim wurden in den letzten zwölf Monaten fünf „bedeutende Übergriffe“ registriert: nach Auskunft der Anstaltsleitung „mehr als jemals früher“.

Das ganze Ausmaß ist nicht einmal den Justizministerien bekannt. In einer nordrhein-westfälischen Anstalt zertrümmerte ein Häftling einen Teller auf dem Kopf eines Wärters. Der Fall wurde nicht gemeldet. „Leichtere Übergriffe“ kommen mittlerweile so oft vor, daß die Beamten den Papierkrieg und die folgenden Untersuchungen scheuen.

Dr. Ruprecht: „Wir befürchten, daß ein Zusammenhang besteht zwischen dem verschlechterten

Wollten Terroristen den BKA-Chef entführen?

KARLSRUHE (dpa) Als „nach meinen Informationen nicht völlig aus der Luft gegriffen“ hat Generalbundesanwalt Martin einen Bericht der Zeitung „Bild am Sonntag“ bezeichnet, wonach eine Gruppe Hamburger und Frankfurter Terroristen eine Entführung und Attentate gegen mehrere hohe Sicherheitsbeamte der Bundesrepublik geplant haben soll. Nach Darstellung von „Bild am Sonntag“ wollte eine Terroristengruppe, die sich angeblich aus Resten der Baader-Meinhof-Bande rekrutiere, mit einer Geiselnahme des Präsidenten des Wiesbadener Bundeskriminalamtes, Herold, und Sprengstoffanschlägen die Freilassung aller gegenwärtig inhaftierten Mitglieder der Gruppe erzwingen.

Sie wollten hohe Beamte entführen

Sicherungsgruppe deckte Terroristenplan auf

Von WERNER KAHL

Bonn, 30. September

Die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes hat einen Entführungsplan aufgedeckt, der sich gegen drei der höchsten Beamten der Bundesrepublik richtet.

Eine Gruppe von Hamburger und Frankfurter Terroristen, die sich angeblich aus den Resten der Baader-Meinhof-Bande bildete, verfolgte in wochenlanger Arbeit das Ziel,

- den Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Dr. Herold (Wiesbaden) zu entführen und
- auf den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln, Nollau, sowie
- auf Generalbundesanwalt Dr. Martin, den obersten Ankläger der Bundesrepublik in Karlsruhe, Attentate zu verüben.

Die Bande wollte mit einer Geiselnahme des BKA-Chefs und mit Sprengstoffanschlägen auf Nollau und Martin die Freilassung aller gegenwärtig inhaftierten Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande erzwingen, ermittelte die Kripo.

Wie zuständige Stellen gestern BILD am SONNTAG gegenüber erklärten, verschafften sich die Sicherheitsbehörden in intensiven Ermittlungen Kenntnis des Entführungs- und Attentatsplans. Die Polizei ermittelte, daß die Terroristen genauestens die Lebensgewohnheiten der drei Beamten erforschten.

Von einem Hauptquartier in Hessen spionierten die Attentäter die Wohnungen ihrer möglichen Opfer aus und trugen alle Angaben über Verwandte, Angestellte sowie Leibwächter zusammen. Die Gruppe besaß schließlich auch einen genauen Fahrplan der täglichen An- und Abfahrten Herolds zum Bundeskriminalamt, Nollaus zum Bundesamt für Verfassungsschutz und Martins zum Bundesgerichtshof.

Wegen der besonderen Umstände des Falles wollten die Sicherheitsbehörden keine Einzelheiten bekanntgeben, besonders nicht darüber, wie sie von dem beabsichtigten Kidnapping Kenntnis erhalten haben. Aus „kriminaltaktischen Gründen“ will die Kripo auch keine Angaben über den Erfolg der Ermittlungen machen.

Ein Sprecher der zuständigen Stellen erklärte jedoch gegenüber BILD am SONNTAG, es seien sofort Wachposten eingesetzt worden. Die Attentäter sollten wissen, daß ihr Plan erkannt worden sei.

nom

φa 216 id

VI

Tatbestände II

bonn: keine bestaetigung fuer kidnapping-plaene =

bonn, 30. september 73 dpa - berichte ueber angebliche absichten von terroristen, den praesidenten des bundeskriminalamtes, horst herold, zu entfuehren und auf den praesidenten des verfassungsschutz-bundesamtes, guenter nollau, sowie auf generalbundesanwalt ludwig martin attentate zu verueben, sind bislang nicht erhaertet worden. ein sprecher des bundesinnenministeriums erklaerte am sonntag auf anfrage, er koenne die version ''in dieser form'' nicht bestaetigen, lehnte es aber zugleich unter berufung auf grundsaeztliche sicherheitsueberlegungen ab, naechere angaben zu machen.

nach darstellung der ''bild am sonntag'' wollte eine gruppe hamburger und frankfurter terroristen, die sich angeblich aus resten der baader-meinhof-gruppe rekrutiere, mit der geiselnahme herolds und sprengstoffanschlaegen auf nollau und martin die freilassung aller gegenwaertig inhaftierten mitglieder der gruppe erzwingen.

φa 216 lg re ct 30.sep 73 1824 nmmn

VI

"DIE WELT"

Nr. 181 vom 06. Aug. 1973

Neuer Terror

kr — Die Aktivität linker Terroristen beginnt in der Bundesrepublik Deutschland erneut zuzunehmen. Vor einigen Wochen entging ein Bundesrichter knapp einem Sprengstoffanschlag auf sein Leben. Kurz danach wurde in Berlin wieder eine Bank überfallen. Gehört der Anschlag gegen das Gästehaus von Axel Springer auf der Insel Sylt in diesen Zusammenhang?

Die Vorgänge gleichen der Baader-Meinhof-Serie. Die Attentate gelten derselben „Zielgruppe“: Banken, Richtern, die den Rechtsstaat zu wahren versuchen, und dem Verlagshaus, das die extremistischen Umtriebe im Lande am konsequentesten publizistisch bekämpft. Vergleichbar mit der Serie des Jahres 1972, als zuletzt Bomben im Hamburger Springer-Haus explodierten und zahlreiche Menschen verletzt wurden, ist wahrscheinlich auch der Täterkreis.

Aus den Gefängnissen der Bundesrepublik entkommen verurteilte Terroristen. Verbrecher legen Lager mit Waffen und Sprengstoffen an, von denen einige gelegentlich entdeckt werden. Wieder finden die politischen Attentäter Helfershelfer, die ihnen versteckte Hinweise auf „besonders wirkungsvolle“ Ziele geben, Verstecke zur Verfügung stellen und juristische Hilfe gewähren.

Mit den Helfershelfern der Baader-Meinhof-Bande ist man großzügig umgegangen. Sie wurden „vergessen“. Aber die Atmosphäre blieb. Wir sehen Herrn Wischnewski von der SPD im vertrauten Gespräch mit Frelimo-Untergrundkämpfern aus Mozambique. Herr Roth vom SPD-Parteivorstand macht sich gemein mit dem SED-Chef Honecker. Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Posser, versucht, die Übernahme eines DKP-Funktionärs in die Justiz durchzusetzen.

Zeichen und Wunder? Aber wer wundert sich noch über diese Zeichen?

VI

"WELT AM SONNTAG"

Nr. 23. vom... 22. Juli 1973

Tatbestand I

ANARCHISTEN

Getarntes Treffen im Ferienlager

Scho. München, 21. Juli

Eine neue Welle von Terroranschlägen linksradikaler Anarchisten befürchten die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik.

Nach dem Sprengstoffattentat auf einen Richter in der Pfalz und dem Fund eines Waffenkoffers auf dem Kölner Güterbahnhof mehren sich die Anzeichen, daß die Nachfolge-Organisationen der Baader/Meinhof-Bande neue Aktivitäten planen.

In einem Gespräch mit WELT am SONNTAG erklärte der Präsident des bayerischen Landeskriminalamtes, Eduard Kraus: „Der Schock, der die Zerschlagung des größten Teils der Baader/Meinhof-Bande im letzten Jahr bei den Anarchisten ausgelöst hat, ist offenbar verklungen.“

Nach den Feststellungen der Sicherheitsbehörden haben sich die entkommenen Mitglieder der Baader/Meinhof-Bande anderen Anarchisten-Gruppen angeschlossen. So fand erst vor vier Wochen in Holland ein Anarchistentreffen statt, auf dem sich zahlreiche europäische Gruppen zu einem Erfahrungsaustausch versammelten. Die deutschen Sicherheitsbehörden erfuhren von der als „Ferienlager“ getarnten Zusammenkunft, als der Kurrier einer deutschen Anarchistengruppe festgenommen wurde.

Als „bedenklich“ wertet Kraus die zunehmende Verharmlosung der Baader/Meinhof-Bande in der Öffentlichkeit. Der Präsident: „Den Propagandisten der Bande ist es gelungen, durch unwahre Schilderungen über die angeblich so harte Haft der Bandenmitglieder in Teilen der Bevölkerung Mitleid zu erwecken. Schon heute wird wieder häufig verharmlosend von der ‚Baader-Meinhof-Gruppe‘ gesprochen.“

Welche Lehren hat die Polizei aus dem Kampf gegen die Anarchisten gewonnen?

Kraus, in dessen Dienstzimmer noch immer die weißen Stores hängen, die bei einem Bombenanschlag der Baader/Meinhof-Bande auf sein Amtsgebäude zersetzt wurden, verweist auf die Fortschritte, die im letzten Jahr erzielt wurden: So zum Beispiel die Aufstellung von Sondereinheiten und die bessere Sicherung von öffentlichen Gebäuden.

Kraus: „Wir sind aber in jedem Fall besser vorbereitet als noch vor einem Jahr.“

Forderungen II
Sympathisanten I
Vollzug II

"BILD AM SONNTAG"
Nr. ... 15 vom 15. 4. 73

Die Meinhof: „Wir brauchen Schießplätze“

Kripo knackte Geheimschrift der Bande

Von WERNER KAHL

Bonn, 15. April

Entschlüsselungsspezialisten des Bundeskriminalamtes haben eine Geheimschrift (Code) der Baader-Meinhof-Bande „geknackt“, die für die Polizei bisher ein unlösbares Rätsel war. Beim Entziffern von Zahlenreihen auf beschlagnahmten Briefkopien und Notizzetteln, die für Laien unverständlich sind, stießen die De-Chiffrier-Beamten auf bisher unbekannt Kontakte der Bande zu kommunistischen Führern und Parteien des Ostblocks.

Als „Schlüssel“ für die supergeheimen Botschaften diente eine Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Zum Chiffrieren des Textes benutzte die Bande die ersten 120 durchnummerierten Textbuchstaben einer „Hausmitteilung“ des „Spiegel“ in der Ausgabe Nummer 47 vom 15. November 1971.

Die erfolgreiche Arbeit der Code-Knacker wurde gestern in einem vertraulichen Bericht des Bundeskriminalamtes bekannt. Nach den Untersuchungen wurde der „Schlüssel“ von Ulrike Meinhof vermutlich mit Hilfe linksradikaler mathematisch ausgebildeter Helfer entwickelt. Handschriftliche Korrekturen der Briefe stammen von der Meinhof, Gudrun Ensslin und wahrscheinlich auch von Ilse Stachowiak, die noch steckbrieflich gesucht wird.

„Unser Ziel“, formulierte die Meinhof in einem verschlüsselten Schreiben, „ist ein einheitliches sozialistisches Deutschland mit der Arbeiterklasse der DDR und ihrer Partei und niemals gegen sie.“

Die Unterstützung der bewaffneten Aktionen in der Bundesrepublik sei der „richtige Beitrag der Kommunisten für die sozialistische Weltbewegung“.

Als Empfänger eines Bittbriefes stellte sich im Klartext der kommunistische Par-

teichef Nordkoreas, Kim Il Sung, heraus. Der Zweck des Schreibens, so die Kripo, werde schon in der Überschrift deutlich: „Brief der Roten Armee Fraktion (RAF) in der Bundesrepublik und West-Berlin an die Partei der Arbeit in der Volksrepublik Korea mit der Bitte um Unterstützung durch militärische Ausbildung und politische Zusammenarbeit.“

„Wir brauchen Schießplätze und politische Unterstützung“, schrieb die Meinhof an den KP-Chef Nordkoreas.

„Wir brauchen auch Waffen. Aber während wir uns Waffen, Wohnungen, Geld und Fahrzeuge noch am ehesten selbst beschaffen können, ist es für uns extrem schwer, uns selbst militärisch, vor allem im Pistolen- und Maschinengewehrschießen, auszubilden... Es gibt in der Bundesrepublik keine größeren unbewohnten Gebiete, wo man schießen könnte, ohne von der Polizei bemerkt zu werden...“

Auf erste Spuren verschlüsselter Mitteilungen an ausländische Mächte, die damals der Polizei noch Rätsel aufgaben, um wen es sich handelt, war die Kripo um die Jahreswende 1971/72 in Berlin gestoßen.

Das Bundeskriminalamt: „Diese politischen Ziele und Absichten der RAF sind bisher noch nicht bekanntgewesen.“

IX

Proff Archiv

13.07.72

Diepholzer Kreisblatt

Interview mit Frau Baader

„Seine Existenz ist zerstört“

Mutter hält zu ihrem Sohn Andreas

Von Peter Ludynia und Wieland Köhne

Osnabrück, 12. Juli (Eigenbericht) Andreas Baader, Chef der sogenannten Baader-Meinhof-Bande, die sich selbst „Rote Armee Fraktion“ nannte, konnte nach zweijähriger Fahndung am Fronleichnamstag in Frankfurt nach einem Feuergefecht zusammen mit Holger Meins und Jan-Carl Raspe verhaftet werden. Seine Mutter, Anneliese Baader, weilte in diesen Tagen zu Fernsehaufnahmen im Studio Rolf auf der Heide in Osnabrück. Dabei gab sie unserer Zeitung folgendes Interview:

Frage: Frau Baader, Pfarrer Ensslin hat nach der Verhaftung seiner Tochter Gudrun die Hoffnung geäußert, ihre Zukunft möge noch nicht völlig verbaut sein. Wie sehen Sie die Zukunft Ihres Sohnes? Ist seine Existenz zerstört, wie eine Wochenzeitschrift schrieb?

Antwort: Ich sehe seine Existenz als zerstört an, und ich weiß, daß ihm das selbst bewußt ist. Mein Sohn war 24 Jahre alt, als in Frankfurt der Prozeß um die Kaufhausbrandstiftung stattfand. Jetzt ist er 29 Jahre alt - dazwischen liegen fünf Jahre mit einer Haft, die ihn sehr geprägt hat, und zwei Jahre Untergrund. Voraussichtlich muß er für sehr lange Zeit im Gefängnis bleiben, und wie soll ein intelligenter Mensch mit einem ausgeprägten politischen Weltbild das überstehen? Vielleicht gelingt es ihm, wenn er von der Richtigkeit seiner Ansichten sehr stark überzeugt ist. Der dringendste Wunsch meines Sohnes ist eine Schreibmaschine, damit er arbeiten kann, obwohl er



ANNELIESE BAADER
Foto: Petschkuhn

zur Zeit noch von der Hüfte ab bewegungsunfähig ist. Wenn man ihm das nicht gibt - Informationsmöglichkeiten und geistige Arbeit sind für ihn ebenso wichtig wie Essen -, wie könnte er dann durchhalten?

Frage: Sie haben Andreas vor kurzem im Krankenflügel des Düsseldorfer Gefängnisses besucht. Hat er sich darüber gefreut?

Antwort: Man hat mich angerufen und gesagt, mein Sohn erwarte meinen Besuch.

Frage: Haben Sie vielleicht gezögert?

Antwort: Nein, warum denn?

„Ich liebe ihn“

6. n.



N 1

"FRANKFURTER ALLGEMEINE"

Nr. 368 vom 18.11.74

Vollzug I, II

Fattato Prozesse I

Uni-Klinik durch Terroristen gefährdet?

Sorge über Behandlung von Baader-Meinhof-Mitgliedern in Mainz

F.A.Z. FRANKFURT, 17. November. Die sofortige Verlegung der im Hungerstreik befindlichen Baader-Meinhof-Mitglieder Klaus Jünschke und Wolfgang Grundmann aus der Mainzer Universitätsklinik in eine Haftanstalt mit Intensivstation hat der Mainzer CDU-Bundestagsabgeordnete Gerster gefordert. Nach einem Besuch der Klinik nannte er es am Sonntag eine Perversion des Rechtsstaatsgedankens, daß die Anwesenheit „selbstmordwütiger Fanatiker“ in einer Großklinik bei der Unberechenbarkeit ihrer Anhänger Hunderte von Patienten gefährden könne. Er hielt es für „unfaßbar“, daß etwa das Land Hessen, das eine Haftanstalt mit Intensivstation zur weiteren Pflege der „Terroristen“ besitze, eine Aufnahme der Gefangenen bisher ablehne.

Grundmann und Jünschke, werden noch einige Tage in der Intensivstation der Mainzer Universitätsklinik behandelt und kehren dann in die Vollzugsanstalt Zweibrücken zurück. Dort wird eine ambulante, später auch für andere Zwecke verwertbare Intensivstation eingerichtet, so daß die Vollzugsanstalt auf künftige Gesundheitskrisen der seit Wochen in Hungerstreik lebenden Untersuchungshäftlinge vorbereitet ist. Wie aus Kreisen der rheinland-pfälzischen Landesregierung verlautete, kostet die Behandlung und die Überwachung von Grundmann und Jünschke in der Mainzer Universitätsklinik täglich rund 10 000 Mark.

Mit einer direkten Befreiungsaktion wird nicht gerechnet, weil sie einem Tötungsversuch der durch den Hungerstreik sehr geschwächten Gefangenen gleichkäme. Durch das Verhalten der Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande sieht der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl die Grenze dessen erreicht, wozu der Staat aus seinen freiheitlichen Grundsätzen heraus gegenüber Untersuchungsgefangenen verpflichtet sei. Kohl zweifelte am Wochenende daran, ob es mit der Gesamtverantwortung des Staates in Einklang zu bringen sei, daß er gezwungen werde, „unverhältnismäßig hohe Beträge für einige wenige aufzuwenden, deren einziges Ziel es ist, unseren Staat zu zerstören“.

Der Leichnam von Holger Meins wird an diesem Montag unter scharfem Polizeischutz in Hamburg beigesetzt. Mehrere linke Gruppierungen haben Demonstrationen angekündigt. Die Polizei rechnet damit, daß Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen.

Im Hinblick auf einen möglichst reibungslosen Ablauf der Prozesse gegen Angehörige der Baader-Meinhof-Bande im nächsten Jahr sind jetzt verschiedene Gesetzesänderungen in Vorbereitung, mit denen möglichen Verzögerungen in den Verfahren vorgebeugt werden soll. Justizminister Vogel kündigte am Wochenende eine Gesetzesnovelle an, nach der die Zahl der Verteidiger für jeden der Beschuldigten auf fünf Anwälte begrenzt werden soll. Nach einem Vorschlag des Bundesrates soll sogar nur noch ein Anwalt für jeweils einen der Beschuldigten zugelassen werden.

Vogel verwies auch auf die geplante Änderung der Strafprozeßordnung, nach der Verteidiger und Inhaftierte nicht mehr unbeaufsichtigt miteinander sprechen dürfen, falls der Verdacht des konspirativen Zusammenwirkens besteht. Darüber hinaus soll die Möglichkeit gegeben werden, solchen verhandlungsunfähigen Angeklagten den Prozeß zu machen, die sich selbst in den Zustand der Verhandlungsunfähigkeit versetzt haben.

VI

DR
VP
SP
SP

"BILD AM SONNTAG"
Nr. .46. vom 17.11.74

Tatbestände I, II ✓
Prozess III ✓

Bonn: Sowjet-Diplomat soll entführt werden

Anarchisten-Bande plant Befreiung von Baader/Meinhof

Von WERNER KAHL

Bonn/Karlsruhe/Berlin, 17. 11.

Die Sicherheitsbehörden sind einer neuen Anarchisten-Bande auf der Spur, die zehn Prominente als Geiseln in ihre Gewalt bringen will, um die Freilassung sämtlicher inhaftierter Baader-Meinhof-Mitglieder bis Weihnachten zu erzwingen!

Zu dem Kreis der Gefährdeten gehören Bundesinnenminister Maihofer (FDP), CDU-Generalsekretär Biedenkopf und Diplomaten der Sowjets und Polens in Bonn!

Daß die Russen jetzt vor einer Besetzung ihrer Botschaft durch linksradikale Revolutzer zittern müssen, verdanken sie einer einfachen Rechnung der Bande, sagte gestern ein ministerieller Sprecher in Bonn BILD am SONNTAG: Die Bande gehe davon aus, daß die Bundesregierung in diesem Fall einem Austausch von Geiseln gegen Häftlinge sofort zustimmen werde, um nicht die Beziehungen zu den Russen oder zu Polen zu gefährden.

Bei einer erfolgreichen Geiselnahme prominenter deutscher oder ausländischer Diplomaten in der Bundesrepublik will die Bande sich und

ihre Opfer einheitlich schwarz einkleiden. Den Geiseln sollen ferner Waffen — allerdings nur Pappmodelle — umgehängt werden, damit man sie auch in diesem Punkt nicht mehr von den Gewalttätern unterscheiden kann. Scharfschützen der „Mobilen Einsatzkommandos“ (MEK) soll es so unmöglich gemacht werden, die Terroristen „herauszuschießen“.

Der Plan sieht ferner vor, daß Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und ihre Komplizen nach einer Entlassung aus der Haft nach Libyen gebracht werden, wo ihnen bereits Asyl in Aussicht gestellt worden ist. Libysche Bevollmächtigte haben in Geheimverhandlungen mit Bandenmitgliedern lediglich die Bedingung gestellt, daß die Maschine mit den deutschen Terroristen nicht auf dem Flughafen der Hauptstadt Tripolis landet. Sie müsse einen Flugplatz in der Wüste anfliegen.

In die geheimen Ermittlungen nach der Bande, zu denen flüchtige Angehörige der Baader-Meinhof-Gruppe und einige Palästinenser als Ausbilder gehören, ist Generalbundesanwalt Buback eingeschaltet worden. Die Länderinnenminister berieten auf ihrer Konferenz ebenfalls über die Gefahr, die von dieser Bande ausgeht. Buback hat bereits die Bevölkerung der Bundesrepublik zu „höchster Wachsamkeit“ aufgerufen, ohne die geplante Geiselnahme zu erwähnen. Die Bevölkerung solle auf Dinge achten, die sich in ihrer Umgebung abspielten, fügte Buback hinzu.

Bei der Fahndung nach einer weiteren Terror-Organisation, die den Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann erschossen hat, stieß die Polizei gestern auf

erste ergiebige Spuren. Eine Sonderkommission prüft, ob es sich bei dieser Bande um eine Gruppe der „Roten Armee Fraktion/Aufbauorganisation“ handelt, die ihr Tätigkeitsfeld aus dem Raum Bremen/Hamburg nach West-Berlin verlegt hat. Die Polizei hatte kürzlich ein Versteck der Bande in Bremen-Neustadt, Pappelstraße 60, ausgehoben, aber nur einen Terroristen verhaften können. Die übrigen Anarchisten entkamen.

Bei der Berliner Polizei gingen bis Redaktionsschluß 400 Hinweise auf mögliche Attentäter ein.



Die Wunderwaffe

VI

~~PR~~
~~VP~~
SP

Über Abhören nichts bekannt

Innenminister Schieß gibt zu: Journalisten „observiert“

STUTT GART, 14. November. Der baden-württembergische Innenminister Karl Schieß gab in einer Pressekonferenz am Donnerstagnachmittag zu, daß die Besucher der Pressekonferenz der

Bader-Mainhof-Verteidiger am Sonntag in Stuttgart von Beamten der Landespoliziedirektion observiert worden sind. Schieß erklärte dazu: „Das ist ihr gutes Recht. Wir sehen in jeder Veranstaltung des Herrn Dr. Croissant ein echtes Risiko.“ Es sei bei diesen Pressekonferenzen der Verteidiger nie sicher, wer alles dabei sei, da die Journalisten sich nicht ausweisen müßten. „Es können also Leute dabei sein, die unser besonderes Interesse verdienen. Das ist nicht theoretisch gemint, sondern das Landeskriminalamt hat dafür gute Gründe.“

Nach Auskünften des Innenministers ist die Observation so abgelaufen, daß alle Besucher beim Betreten des Hans-Ehler-Hauses, in dem die Pressekonferenz stattfand, fotografiert worden seien. Da keine verdächtigen Personen dabei gewesen seien, habe man die Fotos inzwischen vernichtet.

Doppelte Schwierigkeiten für den Journalisten Ernst Bauer seien dadurch entstanden, daß der mit einem Wagen mit Wolfsburger Kennzeichen bei der Pressekonferenz erschienen sei. Da die Pressekonferenz erst zwei Stunden zuvor einberufen worden war, sei man durch diesen Tatbestand besonders aufmerksam geworden. Innenminister konnte die Frage, wie denn die Kriminalpolizei so schnell vom Stattfinden der Pressekonferenz unterrichtet worden sei, zu der sehr kurzfristig und nur telefonisch eingeladen wurde, nicht beantworten. Er meinte: „Ich glaube nicht, daß Croissants Telefon abgehört wird. Was direkt von Bundes wegen geschieht, weiß ich natürlich nicht.“

Vollzug I II
Prozesse II
~~2. August 1974~~

~~III~~

V 1

PR
SP

"WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE"
Nr. .2.6.3. vom 13. XI. 1974

Hubschrauber brachte Jan Carl Raspe an den Neckar

Justiz: Keine Isolierhaft für den „harten Kern“ in Stuttgart

Holger Meins starb vermutlich an Auszehrung - Er wog nur noch 39 kg

Berichte unserer Korrespondenten und Nachrichtendienste

STUTTGART/KÖLN

Der zum „harten Kern“ der Baader-Meinhof-Gruppe zählende Jan Carl Raspe ist in die Haftanstalt Stuttgart-Stammheim eingeliefert worden. Das baden-württembergische Justizministerium beauftragte am Dienstag, daß der Anarchist bereits am Montagmittag in Köln aus mit einem Hubschrauber nach Stuttgart geflogen wurde. Damit sind jetzt außer Ulrike Meinhof, die zur Zeit in Berlin in Haft ist, alle Mitglieder des harten Kerns der Gruppe in Stuttgart, wo im Frühjahr 1975 vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts gegen sie der Prozeß eröffnet werden soll. Gudrun Ensslin, Carmen Rolfe und Andreas Baader befinden sich schon seit längerer Zeit in Stuttgart-Stammheim.

Aus Stammheim werden zur Zeit nur noch amtliche Verlautbarungen an die Öffentlichkeit gegeben. Besuche einzelner Journalisten werden abgelehnt. Dagegen wird mit einer neutralen Person ein Film über die Unterbringung der Häftlinge in dieser Haftanstalt gedreht.

Ein Sprecher des Justizministeriums betonte mit Nachdruck, daß es in Stammheim keine „Isolierhaft“ gebe. Die Zellen der Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande seien so reichlich ausgestattet, daß man sich fragen müsse, ob diese „Vergünstigungen“ gegenüber anderen Gefangenen noch vertreten werden könnten. Die Baader-Meinhof-Leute könnten auch gemeinsam am Hofgang teilnehmen.

Die am Montag angeordnete ärztliche Untersuchung der Baader-Meinhof-Gefangenen in Stammheim durch unabhängige Ärzte ist den Angaben zufolge noch nicht abgeschlossen. Ein Ergebnis sei erst heute zu erwarten.

Holger Meins ist wahrscheinlich im Gefängnis Wittlich (Eifel) an Auszehrung gestorben. Wie die Trierer Staatsanwaltschaft am Dienstag in Mainz mitteilte, hat das gerichtsmedi-

zische Institut der Universität Mainz bei seinen bisherigen Untersuchungen festgestellt, daß bei Meins eine „Auszehrung vorgelegen hat, die allein zum Tode führen könnte“. Meins' Leiche wog nur noch 39 Kilogramm bei einer Körpergröße von 183 Zentimetern. Die toxikologischen Untersuchungen werden erst in etwa einer Woche abgeschlossen sein.

Weitere Aufschlüsse über den Tod von Holger Meins erhofft sich die Staatsanwaltschaft von Aussagen des Verteidigers von Meins, Siegfried Haag, der seinen Mandanten

kurz vor dessen Tod noch besucht hat. Bisher konnte die Staatsanwaltschaft nach eigenen Angaben keinen Kontakt zu Haag herstellen.

Die Befunde und Behandlungsberichte des Anstaltsarztes zum Verlauf des Hungerstreiks, zum Beispiel zur Entwicklungskurve des Körpergewichts sind von der Staatsanwaltschaft sichergestellt worden. Vor einem abschließenden Gutachten will das Mainzer Gerichtsmedizinische Institut einen Sachverständigen auf dem Gebiet der Ernährungsphysiologie anhören.

denklich verschlechtern, meint Bechtel, „würde ich sofort dafür sorgen, daß er in ein Krankenhaus kommt, wo er ordnungsgemäß medizinisch versorgt werden kann.“

Selbst wenn der Gefangene selbst beabsichtigt zu sterben, was ich bei den Baader-Meinhof-Gefangenen stark bezweifle, kann sich der Hungernde auch psychisch nicht gegen die Nahrungsaufnahme wehren. Sobald die Nährlösung den Darm erreicht, wird reflektorisch die Verdauung in Gang gesetzt. Das kann niemand durch sein Bewußtsein verhindern.“

Ulrike Meinhof schwebt nach den Worten ihres Verteidigers Hans-Christian Ströbele in Lebensgefahr. Ein Berliner Anstaltsarzt erklärte dagegen vor Gericht, für Ulrike Meinhof bestehe keine Lebensgefahr. Der Mediziner betonte, daß sich Ulrike Meinhof nicht von Anstaltsärzten untersuchen lasse. Sie werde künstlich ernährt und erhalte seit Dienstag täglich 1800 Kalorien, zuvor seien es 1500 Kalorien gewesen.



WOG NUR 39 kg: Holger Meins NACH STUTT GART VERLEGT: Jan Carl Raspe
WAZ-Archivbild

Raspe erhielt täglich 1500 Kalorien

Unter schwerer Bewachung von mit Maschinepistolen bewaffneten Polizeikräften wurde Jan Carl Raspe mit einem Hubschrauber von Köln nach Stuttgart geflogen.

Raspe stand wie seine Mitäter im Hungerstreik, setzte jedoch bis Samstag der künstlichen Ernährung keinen Widerstand entgegen. Erst nachdem er vom Tod von Holger Meins erfahren hatte, verweigerte er auch die Nahrungsaufnahme durch den Schlauch.

Dr. Jürgen Bechtel, der Kölner Anstaltsarzt, sagte am Montag: „Wir hatten sonst keine Schwierigkeiten mit ihm. Wir konnten ihm immer die dünne Sonde durch die Nase bis zum Magen einführen.“

Durch diesen zwei Millimeter dicken Schlauch wurde dem Gefangenen täglich eine Mischung aus Butter, Traubenzucker, Eiern, Vitaminen und Milch eingefloßt. Zusammen macht das etwas mehr als 1500 Kalorien.

Bechtel: „Das reicht aus für einen leicht bis mittelschwer arbeitenden Mann. Bei dem Leben in der Zelle hätte der Gefangene höchstens 800 bis 1000 Kalorien je Tag benötigt.“ So ist zu erklären, daß Gudrun Ensslin seit Beginn ihres Hungerstreiks in Stuttgart bereits zwei Pfund zugenommen hat.

Raspe hatte erst am Montagmittag von seiner Verlegung erfahren. Noch am Morgen hatte er bei bester Gesundheit (Ein

Wärter: „Der ist topfit“) die anderen Gefangenen, die mit ihm zum Ausgang auf den Hof geführt worden waren, auf dem Oval zwischen den roten Backsteinblöcken mehrmals „überundet“. Kontakt zu den anderen Häftlingen hatte Raspe jedoch nie, obwohl sich Gelegenheiten genug boten.

Der Gefängnisarzt und Psychiater Dr. Bechtel: „Ein Tod durch Verhungern unter den Augen eines Arztes ist praktisch unmöglich.“ Natürlich könne der Gefangene nach künstlicher Ernährung durch die Sonde die Nahrung wieder von sich geben, sobald der Arzt die Zelle verlassen hat.

Sollte sich der Zustand des Hungerstreikenden jedoch be-

VI

Eine neue Terrorwelle war seit langem geplant

Zahlreiche Nachfolgeorganisationen der Baader-Meinhof-Gruppe / Die „Rote Hilfe“ als Ausgangspunkt

Von Hans Jörg Sottorf, Bonn

Seit Monaten bereits verfügen die Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik über Hinweise darauf, daß von politischen Extremisten eine neue Terrorwelle geplant wird. Aus den Ermittlungen ergab sich, daß es sich dabei um eine Nachfolgegruppe der Baader-Meinhof-Gruppe handelte, die es sich vor allem zum Ziel gesetzt hat, die bevorstehenden Prozesse gegen die inhaftierten Mitglieder der Gruppe mit spektakulären Aktionen zu begleiten.

Nach geheimdienstlichen Erkenntnissen hat die neue Extremistengruppe die vergangenen Monate zum Aufbau eines Stützpunktnetzes benutzt, das die ganze Bundesrepublik überzieht. Den Verfassungsschutzbehörden liegen ferner Hinweise darüber vor, daß es auch Querverbindungen zwischen der neuen Terrorgruppe und ähnlichen Organisationen im Ausland gibt, zum Beispiel in Irland, Italien und Japan. Der Verfassungsschutz glaubte diesmal bereits im Anfangsstadium der neuen Aktionen über ziemlich genaue Erkenntnisse zu besitzen. Nach den Anschlägen in Frankfurt und Hamburg vor einigen Wochen wurde es deshalb von den Verfassungsschutzbehörden für wahrscheinlich gehalten, daß der Ausbruch der von diesen Kräften geplanten Terrorwelle bereits in den Anfängen erstickt werden könne.

Der Verfassungsschutz kam zu der Auffassung, daß hinter den Anschlägen in Frankfurt und Hamburg die RAF/AO steht. Als „Kaderquelle“ dieser Organisation wurde eine Gruppe ermittelt, die sich „Rote Hilfe“ nennt. Im Februar 1973 machten zum erstmaligen Plakate mit der Überschrift „Freiheit für die politischen Gefangenen“ auf die

„Rote Hilfe“ aufmerksam. Die Verfasser des Aufrufes benutzten die gängige Argumentation linksextremistischer Gruppen. Der Aufruf gipfelte in der Behauptung, daß der Staat, der mit dem deutschen Bürgertum gleichgesetzt wurde, kein Recht besitze, revolutionäres Handeln als verbrecherisch abzustempeln und zu verfolgen.

Die Entstehung der „Roten Hilfe“ geht auf den Höhepunkt der studentischen Protestbewegungen von 1968 zurück, als Anhänger der sogenannten „Neuen Linken“ in Frankfurt und Berlin Rechtshilfeorganisationen gründeten, um einen wirkungsvollen „Genossenschutz“ zu leisten und eine „Aktionsstrategie“ gegenüber der Justiz zu entwickeln. Diese Rechtshilfeeinrichtungen wurden 1970 in „Rote Hilfe“ umbenannt. In den folgenden Jahren entstanden weitere selbständige „Rote-Hilfe-Gruppen“ in mehreren anderen Städten der Bundesrepublik.

Diese „Roten Hilfen“ orientierten sich am Vorbild der 1924 von der KPD gegründeten „Rote Hilfe Deutschlands“, die es 1926 auf 164 500 Einzel- und 350 000 sogenannte Kollektivmitglieder brachte. Ziel dieser Organisation war es, den von der „herrschenden Klasse Verfolgten und Bedrängten“ Rechts- und Hafthilfe, sowie materielle und ideologische Unterstützung zu leisten.

Das Statut der Nachfolger nennt folgende Ziele:

1. „Proletarische Solidarität im Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen“ zu organisieren,
2. Moralische, juristische, materielle und Hafthilfe zu leisten,
3. Medizinischen Schutz denjenigen zu geben, die bei „Klassenauseinandersetzungen“ verletzt werden.

Die „Rote Hilfe“ wurde von der maoistisch orientierten KPD – nicht zu verwechseln mit der DKP – gegründet.

Aber unabhängig von der „Roten Hilfe“ der KPD haben sich in der Bundesrepublik und Westberlin etwa 30 weitere autonome „Rote Hilfen“ gebildet. Größere Bedeutung haben offenbar nur die Gruppen in Frankfurt, Berlin, Hamburg und München. Sie verhalten sich nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden ausgesprochen konspirativ: Sie bilden keine Vereine und geben die Namen und die Zahl ihrer Mitglieder nicht bekannt. In Flugschriften und anderen Publikationen nennen sie oft fingierte Adressen. Ihre Ziele sind

1. Ebenfalls die materielle und politische Unterstützung politischer Gefangener, vor allem jedoch der Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe,
2. Rechtfertigung der Gewaltakte der Baader-Meinhof-Gruppe,
3. Allgemeine Diffamierung der Polizei und Justiz.

Die RAF hatte in einem Brief an das Landesverfassungsschutzamt in Berlin bereits Anfang Oktober erklärt, man habe „den politisch-militärischen Kampf“ gegen jene aufgenommen, die sich als „Handlanger“ des „menschenfeindlichen, verbrecherischen, imperialistischen Herrschafts- und Gewaltsystems“ in der Bundesrepublik betätigen. Diesen „Handlangern“ wurde vorgeworfen, seit Oktober 1970 „Genossen“ in den Gefängnissen in Isolationshaft „physisch und psychisch zerstören“ zu wollen. Auch diesen Hinweis sahen die Verfassungsschutzbehörden als Indiz für den Zusammenhang mit der Baader-Meinhof-Gruppe an.

Wie die Baader-Meinhof-Bande Winter Göttern wirklich lebt.

Sie hören Radio, dürfen Bücher und Zeitungen lesen und bekommen regelmäßig Besuch

pol. Hamburg, 11. November
Sie schossen ohne Warnung, sie zündeten Bomben ohne Rücksicht auf Menschen, die „Rote Armee Fraktion“, wie sich die Baader-Meinhof-Bande selbst nannte. Heute sitzen die meisten Terroristen hinter Schloß und Riegel, in Einzelhaft, versteht sich, denn sie haben laut Anklage sieben Menschenleben auf dem Gewissen, von den Verletzten ganz zu schweigen.

Aber selbst im Gefängnis machen sie von sich reden. Sie protestieren mit einem Hungerstreik gegen die „Isolationshaft“ — wie sie die Einzelhaft nennen. Nun ist einer von ihnen gestorben. Holger Meins, 1,86 Meter groß, am Schloß nur noch 42 Kilogramm

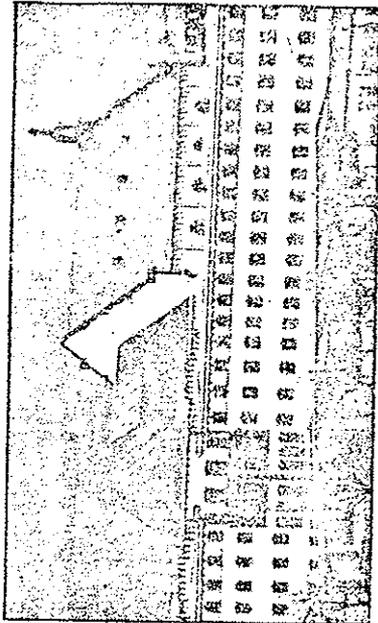
thema des Tages

schwer. Opfer der „Vernichtungshaft“? Wie sieht sie denn aus, diese „Vernichtungshaft“?

Horst Mahler, ehemaliger Rechtsanwalt und Ideologischer Kopf der Baader-Meinhof-Bande, saß zum zweiten September in einer Zelle der Berliner Haftanstalt Tegel. Seit dem Beginn

Zeitarbeitsbesuch von seinen Anwälten. Er durfte Schach spielen, hätte im Chor mitgesungen und im Hausorchester mitspielen, hätte sich essen aus dem Restaurant holen lassen können.
Aber seit dem 15. September, seit Bandenchefin Ulrike Meinhof

Täglich werde er seit dem 30. September auf einem Operationstisch festgeschnallt, mit einer Art „Brechstein“ werde ihm der Mund geöffnet. Durch einen „mitteilungsreichen Schlauch“ werde ihm dann „so 'ne Art Fleischbrühe“ eingetrichtert.



Strafanstalt Wittlich: Hinter diesen hohen weißgrauen Mauern starb der Baader-Meinhof-Terrorist Holger Meins

zum Hungerstreik geblasen hatte, verweigerte Holger Meins die Nahrungsaufnahme. Er leistete Widerstand gegen die Zwangsernährung per Schlauch.

In einem Brief an seine Anwälte schilderte er vor vier Wochen, wie er mit Gewalt ernährt wurde.

In Frankfurt würde gestern morgen diese Schilderung auf einem Flugblatt verbreitet, es protestieren gegen die „Vernichtungskraft“. Seine Anwälte aber werben nun der Gefängnisleitung vor. Holger Meins nicht sonderlich zwangsernährt zu haben...

PK
VP
SP

Volley II
Prozess III
IV
SO

Seit September protestieren Baader-Meinhof-Häftlinge mit Hungerstreik gegen die „Isolationsfolter“

Ein Tag aus dem Gefängnisleben der Ulrike Meinhof

WALTER PFUHL, Stuttgart

Die widerholten Vorwürfe einiger Anwälte der Baader/Meinhof-Bande, ihre Mandanten erlittenen „Isolationshaft“ und „Isolationsfolter“, werfen die Frage auf: Wie sieht der Alltag dieser Gefangenen aus? Wornin besteht ihre „Folter“?

Stratvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim. Hier werden nach Eröffnung der Hauptverhandlung voraussichtlich im Sommer nächsten Jahres die fünf Angeklagten Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Holger Meins und Jan-Carl Raspa untergebracht sein. Ende April dieses Jahres wurden zunächst Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin hienhergebracht. Ihr Alltag verlief damals, so versichern Angehörige der Anstaltsleitung — Journalisten werden aus Sicherheitsgründen nicht in die Anstalt gelassen — folgendermaßen:

Um 6.30 Uhr erschallt ein Klingelzeichen. Wecken. Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof, die beide getrennt eine Doppelzelle von 49 cbm bewohnen — die normalen Einzelzellen sind nur 23 cbm groß —, können aufstehen oder liegen bleiben, solange sie wollen. Der Flur der Männervollzugsanstalt, in dem die weiblichen Häftlinge untergebracht sind, wurde, damit sie nicht allein sind, mit acht weiteren Frauen belegt.

Gegen 7 Uhr bringt die Vollzugsbeamtin auf dem Rollwagen das Frühstück (schwacher) Bohnenkaffee, Milch, Zucker, Graubrot, Margarine und Marmelade, die nicht täglich, dafür in größeren

bekannt: Die beiden Häftlinge schreiben und lesen viel. In ihren Zellen befinden sich Bücher, in einer leeren Zelle, die als eine Art Sonderbibliothek dient, befinden sich weitere 100 politische, gesellschaftswissenschaftliche Bücher und Literatur des Untergrunds. Ihre Anwälte, die sie regelmäßig zweimal in der Woche besuchen, besorgen die Bücher. Die einschlägige Reihe wird nur durch einen „Moby Dick“ und Dantes „Göttliche Komödie“ unterbrochen. An Zeitungen sind eine „Stuttgarter“, eine „Frankfurter“ und eine ausländische Tageszeitung, dazu Wirtschaftszeitungen, Magazine und eine Fachzeitschrift der Polizei abonniert.

Den beiden Häftlingen ist erlaubt, sich zwei bis zweieinhalb Stunden entweder in der einen oder der anderen Zelle zu besuchen. Sie machen davon Gebrauch. Zum Hofgang werden sie von einer Beamtin und einem Beamten abgeholt, zum Aufzug geführt und auf das überdeckte Dach im achten Stock gefahren. Während die beiden eine dreiviertel bis eine Stunde lang das 100 mal 25 Schritt große Dach abschreiten, bleiben die Beamten an der Tür stehen.

Das Mittagessen zwischen 11 und 11.30 Uhr wird wieder auf die Zellen gefahren. Ein Sonntagsgericht: Kalbsbraten, Makaroni, Kopfsalat, Speiseeis. Wochentagsgerichte: Gemüsesuppe, Ragout, Salat, Nudelsuppe, Brot, Wurst, auch Rettichsalat oder Eier. Um 23 Uhr im Sommer, 22 Uhr im Winter muß das Licht gelöscht werden. Das Radio darf weiterspielen.

Als Ulrike Meinhof am 27. August vorübergehend nach Berlin übergeführt



Ulrike Meinhof (links), Gudrun Ensslin
Foto: DIE WELT

Mengen gebracht werden, stehen meist noch da.

Die Häftlinge werden „Frau Meinhof“ und „Frau Ensslin“ angedredet. Das Personal beschreibt sie als wortkarg, aber korrekt. Auf Grußworte antworten sie meist nicht und sprechen nur, wenn sie etwas wünschen. Sie dürfen die Zellenswände ausschmücken, wovon Gudrun Ensslin Gebrauch machte; sie hängte eigene Weltkarte auf. Sie dürfen mit eigenen Geräten Radio hören, der Kurz- und Ultrakurzwellenbereich wurde allerdings wegen der Möglichkeit, Polizeifunk zu hören, gesperrt. Sie dürfen nach Belieben das Fenster öffnen und sich am Fenster aufhalten.

Was tun sie in den Zellen? Der Anstaltsleiter, sein Vertreter und der Assistent wissen dies nicht genau. Die Insassen werden nicht beobachtet, sagen sie. Aber von Besuchern her ist ihnen

wird, setzt Gudrun Ensslin zunächst ihr Tagespensum allein fort. Am 13. September treten schlagartig alle Baader/Meinhof-Häftlinge aus Protest gegen die „Isolationsfolter“ in den Hungerstreik.

Ende Oktober bekommt Gudrun Ensslin wieder Gesellschaft, die im Prozeß gegen das Sozialistische Patientenkollektiv verurteilte Carmen Roll, die in die Vorzugszelle von Ulrike Meinhof zieht; sie schlägt sich dem Hungerstreik an. Gudrun Ensslin lehnt nicht nur das Essen, sondern auch den gemeinsamen Hofgang und den sogenannten „Umschluß“, die Möglichkeit der gegenseitigen Besuche in den Zellen, ab, bis das für alle gilt. Die künstliche Ernährung wird der Streikenden, die zu diesem Zweck die Zelle verläßt, und sich draußen im Flur auf eine Bahre legt, von ärztlichem Personal mit der Nasensonde eingeführt. Gudrun Ensslin leistet keinen Widerstand. Seit einigen Tagen jedoch läßt sie sich auf die Bahre tragen.

Ihr Anwalt, der Stuttgarter Rechtsanwalt Klaus Croissant, begegnet dem gelockerten Strafvollzug in der Stuttgarter Anstalt, den er nicht bestreitet, mit dem Argument: Hier solle der Anstalt einvernehmlich behandelt werden. Was aber an anderen Anstalten praktiziert werde, sei schlimmste Isolation. Um sie zu durchbrechen, werde auch in Stuttgart bis zum letzten gekämpft. Das kann noch lange dauern. Bei der künstlichen Ernährung handelt es sich um die auch in Krankenhäusern bewährte Humannahrung. Nach Angaben des Arztes nahm Gudrun Ensslin seither zu.

VI

PR
1P
SP
SO

Baader-Meinhof-Komplex wird zum Alptraum

Ist die ärztlich-bescheinigte Haft- und Verhandlungsunfähigkeit das Ziel der Hungerstreiks?

Von Hans-Peter Sattler

Der Baader-Meinhof-Komplex wird für die bundesdeutsche Justiz zum Alptraum. Was soll geschehen, so fragen sich Richter, Staatsanwälte und Bundesanwälte, wenn die in den Justizvollzugsanstalten als Untersuchungsgefangene einsitzenden Mitglieder der Terroristengruppe ihren Mitte September begonnenen Hungerstreik konsequent fortsetzen? Hinter der Frage steckt die Befürchtung, daß den Gefangenen in nicht allzu ferner Zeit durch amtsärztliches Attest Verhandlungsunfähigkeit oder sogar dauernde Haftunfähigkeit bescheinigt werden könnte. Die Folge wäre, daß Baader und seine Genossen auf freien Fuß gesetzt und die anstehenden Prozesse wieder abgeblasen werden müßten, noch ehe sie begonnen haben.

Am Fall des in der Justizvollzugsanstalt Hannover untergebrachten Holländers Augustin, dem u. a. ein Mordversuch zur Last gelegt wird, lassen sich die Probleme der Justiz deutlich machen. Als eine nur unwichtige Randfigur der Baader-Meinhof-Bande ist er offenbar derjenige, der Ulrike Meinhofs Aufruf zum Hungerstreik am striktesten befolgt hat. Baader beispielsweise, der dieser Tage auf richterliche Anordnung per Schlauch zwangsweise ernährt wurde, hat sich bei dieser unangenehmen Prozedur erbrochen, wobei Hühnerfleisch an den Tag gekommen sein soll. Augustin, so heißt es, verfügt dagegen über keine schwarzen Lebensmittelbestände, die einen Hungerstreik erträglicher machen. Er mußte jetzt auf richterliche Anordnung in der Medizinischen Hochschule Hannover an eine Art Tropf angeschlossen werden, nachdem der Versuch, ihn durch den Gefängnisarzt Kolluschek in der Vollzugsanstalt Lingen mit einer Nährflüs-

sigkeit zu versorgen, an seinem heftigen Widerstand gescheitert war.

Für das Verhalten der Strafvollzugsbehörden gegenüber Gefangenen, die sich in einem Hungerstreik befinden, gibt es keine gesetzlichen Vorschriften. Das durch den Freiheitsentzug begründete „besondere Gewaltverhältnis“ legt den Behörden jedoch eine besondere Fürsorgepflicht für die Gefangenen auf, die durch deren Verhalten nicht beeinträchtigt wird. Sie muß selbst dann beachtet werden, wenn Gefangene mit Hungerstreiks etwas durchzusetzen versuchen. Die Rechtsprechung etwa des Oberlandesgerichts Hamburg und der Paragraph 58 der Untersuchungshaftvollzugsordnung der Bundesländer regeln, daß und wie bei der Verweigerung von Nahrungsaufnahme durch Gefangene eine künstliche Ernährung vorzunehmen ist. Soweit diese Maßnahme mit Zwang verbunden ist, wie die Ernährung über einen eingeführten Schlauch oder durch den Anschluß an einen Tropf, bedarf sie der Zustimmung des zuständigen Richters.

Die zwangsweise Ernährung muß, sofern sich der Gefangene nicht zur Einnahme einer Nährflüssigkeit bereit findet, mit Hilfe von Medizinern vorgenommen werden. Diese Ernährung, die in mehreren technischen Variationen möglich ist und sich über einen längeren Zeitraum hinweg durchführen läßt, ist nach ärztlicher Auffassung relativ ungefährlich. Da sie aber bestenfalls die Stabilisierung des durch das Hungern geschwächten Körperzustands bewirkt, aber keine allgemeine Kräftezunahme zur Folge hat, dürften die beteiligten Ärzte wahrscheinlich schon nach relativ kurzer Zeit das verlangen, was die Justiz im Baader-Meinhof-Komplex fürchtet: durch einen Amtsarzt die Verhandlungsunfähigkeit oder sogar die dauernde Haftunfähigkeit von Gefangenen feststellen zu lassen.

Schon die Feststellung der Verhandlungsunfähigkeit, die dann gegeben ist, wenn das Erfordernis der ständigen körperlichen und geistigen Präsenz nicht mehr erfüllt wird, hätte weitreichende Konsequenzen. Alle Hauptverfahren, die noch nicht begonnen haben, könnten nicht eröffnet werden, da dafür die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten Voraussetzung ist. Das würde für den in Osnabrück anstehenden Prozeß gegen Augustin, der verhältnismäßig schnell abgeschlossen sein dürfte, ebenso gelten wie für den Stuttgarter Hauptprozeß gegen die Baader-Meinhof-Bande, dessen Dauer schon jetzt auf zwei Jahre veranschlagt wird.

Hier und da sorgt man sich aber bereits um wesentlich schlimmere Auswirkungen als das Platzen von Prozessen. Denn gesetzt den Fall, die führenden Mitglieder der Terroristengruppe würden sich nicht nur die Verhandlungsunfähigkeit, sondern auch die dauernde Haftunfähigkeit erhoffen, dann wäre ein Neubeginn der monatelangen blutigen Auseinandersetzungen, die jedermann noch in Erinnerung sind, wohl unvermeidlich. Nur ein Tor wird schließlich annehmen, daß ein Terrorist, der sich als Revolutionär betrachtet, nur deshalb zum friedfertigen Bürger wird, weil er auf Grund seines geschwächten Allgemeinzustands von weiterer Untersuchungshaft verschont bleibt. Die Justiz ahnt solche möglichen Folgen, die der Hungerstreik wahrscheinlich von Anbeginn an zum Ziel hatte. Aber weil sie an die Normen einer rechtsstaatlichen Ordnung gebunden ist, hat die Justiz nicht die Mittel, diese Folgen zu verhindern.

702352 74
B-77

Baader-Meinhof-Nachfolger drohen mit Rache!

Terroristen setzen jetzt zu neuen Großangriffen an

Frankfurt/Bremen/Stuttgart. — Zahlreiche Richter, Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, Politiker und Journalisten werden demnächst Post aus Wiesbaden bekommen: Das Bundeskriminalamt (BKA) will ihnen eröffnen, daß sie mit Anschlägen der Baader-Meinhof-Nachfolgeorganisation „Rote Armee Fraktion/Aufbauorganisation (RAF/AO)“

rechnen müssen. Der Polizei sind in letzter Zeit mehrfach Listen in die Hände gefallen, in denen die der Bande mißliebigen Personen verzeichnet waren. Aus weiteren Anhaltspunkten, Beobachtungen und Hinweisen ziehen Polizei und Verfassungsschutz den Schluß, daß die Terrorbande vor einer neuen Mobilmachung steht.

„Es war fünf vor zwölf“, kommentierte der Bremer Innensenator Fröhlich vorige Woche das Material, das seine Beamten in einer Bremer Wohnung gefunden hatten. Aus den Aufzeichnungen war zu schließen, daß Anschläge gegen Kaufhäuser und andere Einrichtungen unmittelbar vor der Ausführung standen.

- Daß die Bande über die dazu erforderlichen Mittel verfügt, zeigte das in Bremen sichergestellte Waffenarsenal: sieben Pistolen, eine zerlegbare Maschinenpistole, eine Winchester-Büchse, Munition, Sprengstoff für zehn Fünfkilobomben und eine komplette Fälscherwerkstatt mit einem gefälschten Hamburger Polizeisiegel.

Außerdem fand man Zeugnisformulare einer Polizeischule, Perücken, Strumpfmasken und eine Liste mit 120 getarnten Polizeifahrzeugen, die von

Sonderkommandos der Polizei in Hamburg und Bremen gefahren werden.

- Mit dem Zugriff in Bremen, der nach einer Explosion beim Basteln von Bomben erfolgte, konnte die Polizei jedoch nur einen Ableger der Gruppe lahmlegen. Nach der Zerschlagung des harten Kerns der „Baader-Meinhof-Bande“ 1972 hat sich der Terroristen-Nachwuchs neu formiert.

Der Hamburger Verfassungsschutz, der zur Zeit wohl über den intimsten Einblick verfügt: „Randfiguren und neue Techniker sind inzwischen zum Kern vorgestoßen. Sie sind im Schnitt unter 20 Jahren alt und erreichen zwar nicht das Format von Baader und Meinhof, haben aber eine Menge gelernt.“

- Die Fehler, die vor zwei Jahren zur Zerschlagung der Bande führten, werden heute nicht mehr gemacht. Die

Mitglieder benutzen keine auffälligen Autos und teuren Appartement-Wohnungen mehr. Zur Tarnung gehen sie tagsüber einer geordneten Beschäftigung nach.

- Überfälle zur Beschaffung von Geld und Waffen werden nicht mehr durchgeführt, weil dabei das Risiko zu groß ist, daß für die Polizei wertvolle Spuren zurückbleiben.

Das personelle Reservoir hatte sich schon im vorigen Jahr vergrößert. Während Ende 1972, nach den Großaktionen der Polizei, nur noch 15 Anarchistengruppen mit etwa 300 Mitgliedern bestanden, waren es Ende 1973 bereits wieder 30 Gruppen mit rund 500 Mitgliedern.

- Am 4. Oktober verkündete die „RAF/AO“, sie habe nun den „militärischen Kampf“ aufgenommen. In Hamburg brannte das Auto des Gefängnisarztes Dr. Mairose aus. Eine Bombe vor dem Haus des Hamburger Justizsenators Klug wurde rechtzeitig entdeckt und entschärft.

Am 7. Oktober entdeckte die Polizei nach der Explosion einer Bombe die Werkstatt in Bremen. Sie war wenige Tage vorher aus einer Hamburger Garage dorthin verlagert worden.

- Am 8. Oktober wurde im zwölften Stock des Frankfurter Shell-Hochhauses eine Aktentasche mit zwei Zehnkilobomben entdeckt, deren Zünder allerdings versagte.

" Bild - Zeitung "
Nr. 15 von 19. Jan. 1972

X2

Komplize enthüllt

Baader-Meinhof-Pläne

Bomben

auf

Rathäuser

b.w.

- egal, ob dabei

Menschen sterben

Polizisten mit Maschinenpistolen sichern das Gerichtsgebäude

Von WOLFGANG BERNEY

Düsseldorf, 19. Januar

Zum erstenmal hat jetzt ein Baader-Meinhof-Komplize die geheimen Pläne der Anarchisten-Bande aufgedeckt.

Von schwerbewaffneten Polizeibeamten gesichert, hinter schußsicherem Panzerglas geschützt, gestand der Auto Schlosser Karl-Heinz Ruhland (33) vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf: „Die bestehende Gesellschaft sollte umgestürzt und verändert werden. Sagen wir mal, Verunsicherung durch

Zünden von Sprengkörpern in öffentlichen Gebäuden.“

Der Gerichtsvorsitzende fragte: „Öffentliche Gebäude? Was meinen Sie damit?“

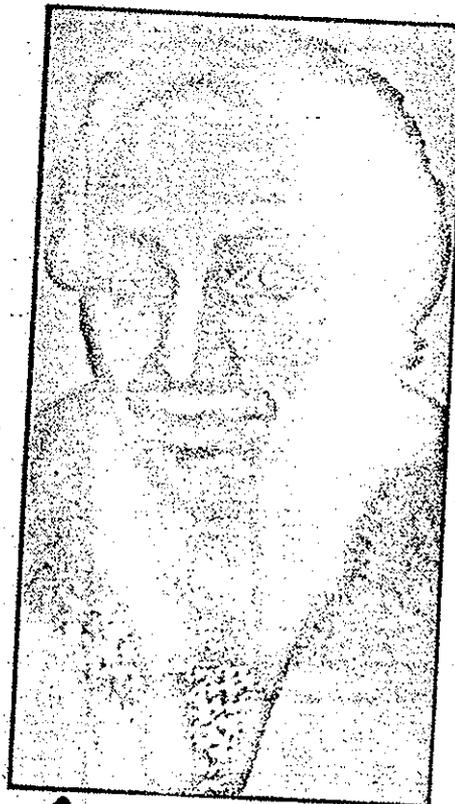
Der Angeklagte: „Rathäuser und so.“

Der Vorsitzende: „Und wenn Menschen draufgegangen wären? War das egal?“

Der Angeklagte: „Ja, egal.“

Ruhland enthüllte weiter, daß ein Waffenlager in Munsterlager überfallen werden sollte. Als Anführer der Bande bezeichnete er den Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler und Andreas Baader.

Lesen Sie bitte den Bericht auf der letzten Seite.



Aussage im schußsicheren Glaskasten: Karl-Heinz Ruhland (33)

Von W. BERNEY
und C.-U. CAMPHAUSEN

Düsseldorf, 19. Januar
Verlegen, fast unsicher lächelnd trat gestern um 9.57 Uhr Karl-Heinz Ruhland (33) in den Verhandlungssaal des Oberlandesgerichts Düsseldorf. Die Vorhänge waren aus Angst vor Scharfschützen zugezogen, als der kleine, rothaarige Anarchist mit dem Kleinbart seine enthüllenden Aussagen machte.

„Ende August 1970 hat mich Rechtsanwalt Mahler gefragt, ob ich bei einem Banküberfall mitmachen will. Ich war einverstanden. In den nächsten Tagen kamen wir immer wieder zusammen und besprachen die Einzelheiten. Wir haben vorher auch gründlich den Tatort besichtigt. Aber jeder durfte nur das wissen, was zu seinem Auftrag gehörte, damit später keiner gegen den anderen aussagen konnte.“

Ruhland schilderte, wie ein Überfall der Bande, der Sturm auf die Depositionskasse 4 der Berliner Bank am 29. September 1970, abließ: „Astrid Proff und Ingrid Schubert fuhren das Fluchtfahrzeug. Hans-Jürgen Becker hatte einen Wagen mit Störsender und kreiste um das Gebäude, um den Polizeifunk zu stören. Ich blieb mit Erik Grusdat an der Tür stehen. Baader und Irene Görgens sprangen über den Trossen und sammelten das Geld ein. Mahler stand in der Mitte und sicherte. Wir hatten alle schußbereite Waffen in der Hand. Es bestand aber die Anordnung, nur dann zu schlie-

ßen, wenn uns der Fluchtweg versperrt worden wäre — das heißt, wenn sich uns einer in den Weg gestellt hätte.“

Senatspräsident Dr. Weber fragt: „Hätte man in Kauf genommen, daß jemand erschossen worden wäre?“

Ruhland: „Ja.“

Der Vorsitzende: „Sie auch?“
Ruhland nickt.

Wenige Tage vor der Verhaftung des Rechtsanwalts Mahler erhielt Ruhland seinen Anteil aus der 217 000-Mark-Beute: 1000 Mark.

Ruhland: „Andreas Baader hat mich gefragt, ob ich bei einem Überfall auf ein Waffenlager in Munsterlager (Niedersachsen) mitmachen will.“ Der 33-Jährige wollte. Der Überfall sollte in den folgenden Tagen stattfinden.

Im Gerichtssaal herrschte Stille, als Ruhland prominente Namen von angeblichen Helfern der Bande nannte. Er beschuldigte Dr. Reitscheid vom WDR Köln, Ulrike Meinhof einen Wagen geliehen zu haben und erklärte, Ulrike Meinhof und er hätten in der Nähe von Osnabrück und Hannover bei einem Pfarrer Kaiser und Professor Brückner Unterschlupf gefunden.

Der Vorsitzende: „Wer ist denn dieser Professor Brückner?“

Oberstaatsanwalt Bruns: „Der ist an der Technischen Universität Hannover und sitzt im Prüfungsausschuß der Universität Bremen.“

Ruhland: „Ulrike hatte Schlüs-

sel zu den beiden Wohnungen. Der Pfarrer und der Professor waren nicht überrascht, als wir plötzlich da waren. In Bremen haben wir uns eine Leiter und ein Nachtfernglas gekauft und sind dann nach Munsterlager gefahren. Dort haben wir die



Wachen ausgekundschaftet und sind über den Zaun gestiegen. Das Schloß war für mich kein Problem.“ Soweit die Vorbereitungen für den Überfall, der aber dann nicht stattfand.

Der Vorsitzende: „Es sollten Pistolen verwendet werden. Alle, die Sie vorfinden. Es waren doch so 80 Stück. Wollten Sie denn eine ganze Kompanie damit ausrüsten?“

Ruhland zuckte mit den Achseln.

Der Gerichtsvorsitzende zu Ruhland: „Wer war denn der Kopf der Gruppe?“

Wie aus der Pistole geschossen kam die Antwort: „Baader und Mahler. Baader hatte auch immer ein Buch bei sich. Es war das Mini-Handbuch der Stadtguerillas“. Die Überschriften der einzelnen Kapitel: „Schießen als Voraussetzung für die Existenz der Stadtguerillas“, „Befreiung der Gefangenen“, „Exekution“.

Über Hinrichtungen von Verurteilten hatten die Bandenmitglieder häufiger diskutiert. „Bei der Festnahme Mahlers glauben wir, daß Hans-Jürgen Becker ihn verraten hätte. Man sprach darüber, ihn deswegen zu liquidieren.“

Auch Ruhland selbst fürchtet die Rache der Bande. „Wer singt, der stirbt“, hatte er in der Voruntersuchung Beamten gesagt. Deshalb waren gestern auch mehr als 100 Polizisten, mit Maschinenpistolen bewaffnet, zum Schutz Ruhlands aufgeboten. Nur mit fünf verschiedenen Ausweisen und nach einer Leibesvisitation gelangten Journalisten und Prozeßbeobachter in den Verhandlungssaal.

Zu Beginn der Verhandlung hatte die Staatsanwaltschaft Ruhland außer dem Banküberfall den Diebstahl von 181 Ausweisen und 31 Stempeln vorgeworfen. Ruhland selbst, der zweimal in der Volksschule sitzengeblieben war, eine Lehre als Bootsmann gemacht und später als Rangierleiter in Berlin gearbeitet hatte, sagte vor Gericht: „Ich bin politisch eigentlich überhaupt nicht interessiert.“

Er hatte Kontakt mit der Bande bekommen, als er seinen

Freund Erik Grusdat besuchte, dessen Vater in Berlin ein Fahrradgeschäft besitzt.

„Dort traf ich zum ersten Mal Mahler und Baader. Sie nannten sich mit ihrem Decknamen ‚James‘ (Mahler) und ‚Hans‘ (Baader). Mahler fragte mich, ob ich Lust hätte, gegen gutes Geld gestohlene Autos umzufrisieren. Ich dachte an meinen Schrebergarten, den ich kurz zuvor für 2000 Mark gekauft hatte, und sagte zu.“

Ruhland sagte gestern auch, mit welchen Methoden verhaftete Bandenmitglieder wie Rechtsanwalt Mahler befreit werden sollten. Aus Ostberlin habe sich die Bande ein Handbuch zum Bau eines Mini-Hubschraubers beschafft und bereits einen VW-Motor umgebaut. Aber kurz vor der Fertigstellung dieses Flugzeuges seien wichtige Unterlagen verlorengegangen. Daraufhin hätte sich die Bande entschlossen, den Rechtsanwalt durch einen Kanalschacht im Gefängnishof zu betreten.

„Wir hatten uns Pläne des gesamten Berliner Kanalsystems besorgt. Bevor wir alles durchführen konnten, war ich verhaftet worden.“

Inzwischen wurde der Kanalschacht im Gefängnishof zugemauert. Der Prozeß gegen Ruhland wird am Mittwoch fortgesetzt.

Eine Suchaktion der Polizei in Köln nach weiteren Baader-Meinhof-Bandenmitgliedern blieb gestern erfolglos.

Von HORST ZYLKA

Berlin, 19. Januar

„Ich kann einfach nicht begreifen, warum Heinz bei Baader-Meinhof mitgemacht hat.“ Das sagt eine Frau, die vom Tode gezeichnet ist: Ingrid Ruhland (46) aus Berlin, die Frau des angeklagten Bandenmitglieds.

„Ich weiß nur, daß es an einem Tag im November 1970 begann. Heinz hat plötzlich den Hammer weggeschmissen und

b.w.

ist gegangen. Während der Arbeit. Unsere hübsche Laube draußen, an der er baute, war nicht mal fertig."

1962 hatte die Güterzugabfertigerin der Reichsbahn den 13 Jahre jüngeren Karl-Heinz Ruhland geheiratet. „Ich lernte zuerst seinen kleinen Sohn Fritz aus Heinz' erster Ehe kennen. Fritz spielte in der Nachbarschaft. Er war zwei Jahre alt und lächelte. Bald sagte er Mutti zu mir, und Monate später war ich

es. Es mußte sich doch jemand um die beiden Männer kümmern. Und es mußte jemand dafür sorgen, daß der Schuldenberg von etwa 1000 Mark kleiner wurde. Von Liebe war keine Rede."

Ruhland, ein Hafen-Rangierer, geriet auf die schiefe Bahn, als er 1964 wegen Körperverletzung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Er hatte seinen Sohn Fritz geschlagen. Das Kind kam zu

Pflegeeltern in die Oberpfalz.

Ingrid Ruhland: „Da wollte er auch von mir nichts mehr wissen. Ohne sein Kind war ich ihm unwichtig. Er suchte sich Unterhaltung bei anderen Frauen. Immer waren es weiche mit Kindern."

Wie ist ihr Mann zu der Anarchisten-Bande gestoßen?

„Es war wohl die Unzufriedenheit wegen der ungerechten Strafe“, sagt Ingrid Ruhland. „von Politik hat er nie gespro-

chen. Er war ja damals auch selten zu Hause...“

Während dieser Mann in Düsseldorf über Bomben und den Tod spricht, sagt seine Frau, die seit sechs Jahren an unheilbarem Blutkrebs leidet: „Vielleicht gelingt es mir, dem Tod noch einen Sommer abzurufen. Die Zeit, die die Ärzte mir gegeben haben, ist längst abgelaufen. Falls er zurückkommt und ich noch lebe — ich würde mich freuen.“

Töizer Kurier (6,9/66)

Juristen als Helfer der Baader-Meinhof-Bande

Mit der Anwaltspost kommt Haschisch in die Gefängniszelle

Die Sonderkommission über die Rolle der Verteidiger

7 Von Werner Erdsack

Die an Überraschungen gewöhnten Baader-Meinhof-Fahnder von der Sonderkommission des Bundeskriminalamtes lasen die eng beschriebenen Zettel mehrmals, die aufmerksamen Wächtern im Untersuchungsgefängnis in die Hände gefallen waren: Da hatten sich doch tatsächlich steckbrieflich Gesuchte mit ihren bereits gefaßten „Kollegen“ darüber ausgelassen, daß auf die „Rechtshelfer“ auch kein Verlaß mehr sei und man von ihnen wohl nicht jeden Liebesdienst erwarten könne. Die während der Fahndung angesammelten Erfahrungen hatten allerdings eher das Gegenteil über die Rolle des knappen Dutzend Rechtsanwälte gelehrt, die über das Schicksal der gefaßten und der noch flüchtigen Bandenmitglieder mit entscheiden. Und dabei dachten die Kriminalbeamten nicht einmal in erster Linie an den Berliner Anwalt Mahler, gegen den der Generalbundesanwalt nun selbst Anklage erhoben hat.

Wie war das doch neulich in Köln-Ossendorf, wo die Fotografin Astrid Proll in Untersuchungshaft sitzt? Die Leiterin der Anstalt kann es heute noch nicht fassen, daß ausgerechnet bei ihr so etwas passierte: daß die Anwälte bei ihren Besuchen mit der Astrid alias „Rosi“ alias „Renate“ einen mehr als freundschaftlichen Umgang pflegten, daß man sich zur

Begrüßung und zum Abschied und überhaupt küßte, küßte und umarmte, daß stangenweise Rauchwaren und in Mengen leckere Zusatzverpflegung mitgebracht und gemeinsam konsumiert wurden — das alles mochte ja noch angehen. Aber es mochte doch argwöhnisch. Das Maß war voll, als eine Routinekontrolle nach einem solchen Besuch ein fünf mal fünf Zentimeter großes Haschisch-Plättchen aus der Fensterverkleidung ans Tageslicht brachte. Die Chefin ist sicher: Das kann nur von den Anwälten stammen. Nun läuft ein Ermittlungsverfahren

wegen Verstoßes gegen das Opiumgesetz — aber der Erfolg ist ebenso zweifelhaft wie an einem anderen Ort, wo der begehrte Stoff auf dem direkten Weg über die Anwaltspost in die Zelle gelangte.

Als „Lebensgefährtin“ des Anwalts ausgegeben

Mehr als freundschaftliche Umarmungen und Zärtlichkeiten fielen auch einer Aufseherin in Essen auf, wo die unter drei Tarnnamen bekannte Studentin Brigitte Asdonk von ihrem Anwalt betreut wurde. Der Beschwerdebrief des sittenstrengen Anstaltsleiters an den Sozjus des liebevollen Rechtsanwalts erbrachte nichts weiter als eine lakonische Antwort, aus der hervorging, daß es sich bei der Studentin wohl um die „Lebensgefährtin“ des Anwalts handle.

Einen um so konkreteren Hinweis auf die Art, wie bestimmte Anwälte ihre Rolle verstehen, erbrachte dafür die Ankündigung einer notfalls zwangsweisen Leibesvisitation bei Erisette Asdonk: Zwei vollgeschriebene Zettel wies sie vor, aber noch ehe die Beamtinnen zugreifen konnten, hatte sie die „Anwaltspost“ schon bis zur Unleserlichkeit vernichtet. Vielleicht hatte sie in braveren Zeiten mal Spoerls „Feuerzangenbowle“ gelesen, wo ein Penner den Liebesbrief einer Mitschülerin vor dem Zugriff des Direktors verschluckte...

Schaltstellen für den Kontakt der Komplizen

Weitere Einzelheiten plaudern die Männer und Frauen von der Fahndungskommission nicht gern aus, um ihr ohnehin durch Indiskretionen zu weitmaschig

gewordenes Netz mit noch durchlässiger zu machen. Aber es ist kein Geheimnis, daß die Kriminalpolizei hinter der biederern Fassade der einen oder anderen Anwaltspraxis regelrechte Schaltstellen für den Kontakt der noch flüchtigen Bandenmitglieder untereinander und zu ihren inhaftierten Freunden sieht. Da gibt es einen, der sogar Kontakt zu Ulrike Meinhof haben soll. Bei ihm, obwohl direkt als Anwalt gar nicht mit dem Fall befaßt, liefen zuerst die Meldungen über die Entlarvung der honorigen Sympathisanten und Helfershelfer Reischert und Bornheim ein. Da gibt es andere, die haben offenbar „auf Vorrat“ undatierte Blanks-Prozeßvollmachten von flüchtigen Bandenmitgliedern.

Und dann ist da noch jener Referendar, der sich nun selbst verantworten muß. Man wirft ihm vor, unter falschem Namen und mit gefälschtem Waffenschein Waffen, Polizeiuniformen und eine Wohnung besorgt zu haben. Sieben Revolver und Pistolen wurden bereits sichergestellt. Als Käufer von 15 weiteren Faustfeuerwaffen samt Munition kommt er nach dem von ihm benutzten Tarnnamen ebenfalls in Frage. Beim letzten Versuch, „legal“ eine Waffe zu erwerben, kam ihm die Polizei zuvor und nahm ihn auf frischer Tat fest.

Daß bei solchen Verfilzungen und Verflechtungen der steckbrieflich gesuchte Kaufhaus-Brandstifter Andreas Baader in den Besitz von Auszügen aus der Ermittlungsakte über seine eigene Befreiung gelangte, ist kaum noch verwunderlich. Schließlich hatten die sechs Anwälte von Horst Mahler, Irene Görgens und Ingrid Schubert ganz offiziell je eine Fotokopie der Akte erhalten. Es dauerte nur drei Monate, bis die Polizei in einem durch Zufall als unzustellbar in ihre Hände geratenen Paket eine Tonbandkassette fand, auf der beim Abspielen eindeutig die Stimme Baaders identifiziert wurde. Diese Stimme las ausführliche Auszüge aus der Ermittlungsakte vor.

Einer der genannten sechs Anwälte ist übrigens in Wirklichkeit eine Rechtsanwältin. Sie hat sich in Berlin einen Namen gemacht, als sie dem Sicherheitsbeauftragten der amerikanischen Fluggesellschaft PAA mit einer Anzeige wegen Beihilfe zur Verschleppung drohte, um das zwangsweise „Ausfliegen“ eines ihrer Schützlinge nach Westdeutschland zu verhindern.

Aber es sind nicht nur die Anwälte, die den Baader-Meinhof-Fahndern Kummer bereiten, und es sind auch nicht nur die Wohnungs- und Geld-Besorger in der sogenannten „besseren Gesellschaft“. Daß Großfahndungen sich nicht lange geheimhalten lassen, das weiß man schon von früheren Gelegenheiten. Daß aber Einzelaktionen kurz vorher an die betroffenen Adressen signalisiert werden, das hat bisher noch Seltenheitswert. Zum Beispiel so etwas: Der Richter ordnet eine Wohnungsdurchsuchung an, die in Abwesenheit des Betroffenen vorgenommen werden soll. Die Genehmigung zum Anzapfen des Telefons ist erteilt. Eine Viertelstunde vor dem angesetzten Durchsuchungstermin wird folgendes Telefongespräch abgehört: „Sind sie bei Dir noch nicht eingestiegen?“ — „Nein, aber ich erwarte sie in einer Viertelstunde. Ich habe ihnen ein paar schöne Fallen gebaut.“

Diese Durchsuchung fand nie mehr statt.



Süddeutsche Zeitung, München

25. Jan. 1972

Baader-Meinhof-Gruppe meldet sich:

Baader schreibt an Presseagentur

„Ich stelle mich nicht“ / Fingerabdruck auf dem Papier eindeutig identifiziert

1902

Von unserem Redaktionsmitglied Martin Rehm

München, 24. Januar — In München wurde am Montag verstärkt von der Polizei nach Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe, die sich selbst „Rote Armee Fraktion“ nennt, gesucht. Ausgelöst hatte die Polizeimaßnahmen ein Brief von Andreas Baader, der in der Nacht zum Montag dem Münchner Landesbüro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zugeht und in dem es unter anderem hieß: „Ich denke nicht daran, mich zu stellen.“ Der Brief wurde sofort der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zugestellt, die federführend die Ermittlungen leitet. Nach einem vorläufigen Gutachten des Bayerischen Landeskriminalamtes stammt ein unter der Unterschrift des Briefes aufgedruckter Fingerabdruck zweifelsfrei von Baader.

Kurz nach 1 Uhr in der Nacht zum Montag hatte im dpa-Landesbüro ein unbekannter Mann angerufen und erklärt, im Briefkasten der Agentur liege ein Schreiben der Baader-Meinhof-Gruppe. Der Brief war mit Schreibmaschine auf glattem weißem Papier geschrieben. Ein Datum fehlte. Das Schreiben steckte in einem blauen Luftpostkuvert. Der Umschlag trug keine Anschrift. Noch in der Nacht wurden die zuständigen Behörden, darunter auch das bayerische Innenministerium, verständigt, die ihrerseits sofort den Generalbundesanwalt einschalteten, um die Untersuchungen zu beschleunigen.

Nach Ansicht zuständiger Kreise bedeutet die Abgabe des Baader-Briefes noch nicht, daß sich Baader, der von der Polizei als Kaufhausbrandstifter gesucht wird, in der BRD aufhält. Es wird auch für möglich gehalten, daß das Schreiben von Mittelsmännern aus dem Ausland nach München gebracht wurde. Daß der Brief erst in allerletzter Zeit verfaßt wurde, geht daraus hervor, daß in ihm zu der Frage Stellung bezogen

wird, ob sich Baader freiwillig stellen wolle. Die Bild-Zeitung hatte am vergangenen Wochenende berichtet, Baader wolle sich unter der Bedingung der Straffreiheit und freiem Geleit nach Abschluß seiner Vernehmungen freiwillig stellen. Das Blatt hatte sich auf einen Mittelsmann berufen, über den Baader einen Hamburger Strafverteidiger eingeschaltet habe.

In dem Brief Baaders heißt es, „die Bullen“ würden solange im finstern tappen, „bis sie sich gezwungen sehen, die politische in eine militärische Situation umzuwandeln“ — ein Zitat aus einem Handbuch für Stadtguerillas in Lateinamerika. „Die Wahrheit ist, daß es seit dem Ende der Ausbildung der ersten Zwanzig in Jordanien keine Informationen aus der Gruppe mehr gibt. Die Arbeit der Rote Armee Fraktion (RAF) ist geheim. Die „Sicherheitskräfte“, Sicherungsgruppe, Polizei, Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz, Bundesanwaltschaft, der Spiegel, die Springer-Presse, sie alle wissen nichts“, schreibt Baader.

„Sie wissen nichts über die Größe, die Zahl, die Organisation, die Feuerkraft, die Taktik der Gruppe“, erklärte das führende Mitglied der Gruppe. „Jedes Wort, das in der Öffentlichkeit des Bullenstaates seit eineinhalb Jahren über uns geschrieben worden ist, ist falsch, ist Spekulation oder Gegenpropaganda, mit dem Ziel, Theorie und Praxis der Stadtguerillas zu diffamieren und einen Keil zwischen uns und unsere Basis zu treiben. Ich denke nicht daran, mich zu stellen. Kein Typ von der RAF denkt daran, sich zu stellen. Kein Gefangener aus der RAF hat bis jetzt ausgesagt. Erfolgsmeldungen über uns können nur heißen: Verhaftet oder nicht. Die Stärke der Guerillas ist die Entschlossenheit jedes einzelnen von uns. Wir sind nicht auf der Flucht. Wir sind hier, um den bewaffneten

und der Preis für unser Leben oder unsere Freiheit der Verrat in der Öffentlichkeit ist ein Verbrechen, das die Republik nicht dulden kann.

Der Schriftzug hängt ebenfalls stark nicht von Schlagschraube zu Berlin. Die polizeilich-militärische Organisation der Stadtguerilla beruht auf Widerstand gegen die Institutionen der parlamentarischen Demokratie die zur Wahrung der ersten regulären Abteilungen der Rote Armee im Volkskrieg. Der Kampf hat erst begonnen.

A. Baader



UNTERSCHRIFT UND FINGERABDRUCK auf dem der dpa in München zugegangenen Brief.

b.w.

Baader schreibt an Presseagentur

1908
Fortsetzung von Seite 1)
Widerstand gegen die bestehende Eigentumsordnung und die fortschreitende Ausbeutung des Volkes zu organisieren.“

„Ruhland – van der Lubbe der SPD“

Die Aktion der RAF ist nach dem Schreiben jetzt die Bildung politisch-militärischer Kader, die Verbesserung der Bewaffnung und der Ausbildung der Revolutionäre, die Verankerung der Gruppen in der Sympatisanten-Szene, „die bereit ist, den bewaffneten Widerstand zu unterstützen“. Die taktische Linie, der man jetzt folge, sei die Entwicklung der Propaganda der Stadtguerilla in den noch legalen revolutionären Organisationen und der Aufbau einer breiten logistischen Basis in allen Schichten der Bevölkerung. „Es gibt für keinen von uns einen subjektiven oder objektiven Grund, den Kampf, zu dem er sich entschlossen hat, zu verraten, nicht Genschers dreckiger Deal mit der Straffreiheit, nicht der van der Lubbe der Sozialdemokraten, Ruhland, nicht die ungeheuere Militarisierung der Polizei, nicht Gefängnis, nicht Folter und auch nicht der Bullenterror gegen die Bevölkerung. Der Stein, den sie hochgehoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.“

Baader fährt fort: „Wenn der Preis für unser Leben oder unsere Freiheit der Verrat im anti-kapitalistischen Kampf sein soll, so ist dazu zu sagen: Wir zahlen ihn nicht. Der bewaffnete Kampf entwickelt sich nicht von Schlagzeile zu Schlagzeile. Die politisch-militärische Strategie der Stadtguerilla reicht vom Widerstand gegen die Fälschung der parlamentarischen Demo-

kratie bis zum Aufbau der ersten regulären Einheiten der roten Armee im Volkskrieg. Der Kampf hat erst begonnen.“

Breite Solidarität mit Bornheim

ihl. Frankfurt (Eigener Bericht)

Das gesamte Frankfurter Redaktionsbüro und die meisten Mitarbeiter der Deutschen Presse-Agentur in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben in einem Schreiben an die Hamburger dpa-Chefredaktion gegen die vorläufige Beurlaubung ihres Kollegen Johannes Bornheim protestiert. Der 36jährige Kommunalredakteur war, wie berichtet, in dem Düsseldorfer Ruhland-Prozess als zeitweiliger Helfershelfer der Baader-Meinhof-Gruppe genannt worden. Für die überraschend ausgesprochene Beurlaubung könnte man „kein Verständnis“ haben, schreiben die 25 dpa-Mitarbeiter, so lange die gegen Bornheim erhobenen Vorwürfe nicht „abschließend gerichtlich geklärt sind“. Nach Meinung seiner Kollegen wäre Bornheim schon vor Jahresfrist durch die Bundessicherungsgruppe längst in Haft genommen worden, wenn die Behauptungen zuträfen, daß er die gesuchte Gruppe nicht nur mit Geld und Unterschlupf, sondern auch mit Waffen unterstützt habe. Denn andere Beschuldigte, die wesentlich weniger für die Baader-Meinhof-Gruppe getan haben sollen, saßen noch immer hinter Schloß und Riegel. Ihr Vertrauensverhältnis zu Bornheim jedenfalls sei durch die Vorwürfe Ruhlands nicht gestört worden, teilten die Frankfurter dpa-Redakteure ihrer Chefredaktion mit.